



Der Demonstrationzug erreichte den Schwandorfer Marktplatz.

FOTO: JOHANNES HARTL

Schwandorf setzt starkes Signal

PROTEST Mehr als 350 Menschen beteiligten sich am Sonntag an der Demo des Bündnisses gegen Rechts. Die Sorge vor der AfD einte sie.

VON JOHANNES HARTL

SCHWANDORF. Frank Möller, einer der Sprecher des Schwandorfer Bündnis gegen Rechtsextremismus, war gerade wieder auf die Bühne gestiegen, als er seinen Blick über den oberen Marktplatz schweifen ließ. „Es ist ein fantastischer Anblick“, sagte er. „Ich bin wirklich beeindruckt.“ Vor ihm standen mehr als 350 Menschen; sie alle waren einem Aufruf des Bündnisses gefolgt, um vor dem 15. März ein Zeichen gegen rechts zu setzen.

Unter dem Motto „Haltung zeigen bei den Wahlen: Gegen Hass und Hetze im Rathaus“ hatten sie sich am Sonntagmittag am Schwandorfer Busbahnhof versammelt, darunter Vertreter aller im Stadtrat vertretenen Parteien, samt Oberbürgermeister Andreas Feller. Die Teilnehmer selbst waren guter Laune, manche von ihnen hatten sogar eigene Schilder gebastelt, um ihrem Anliegen Ausdruck zu verleihen. „Haltung zeigen, statt zu schweigen“ ertönte es denn auch vereinzelt, während die Route über die Bahnhof- und Friedrich-Ebert-Straße zum Marktplatz führte.

KZ-Überlebender lobt Demo

Tatsächlich war Haltung das große Thema, das die Protestierenden auf die Straße trieb. Denn sie alle einte die Sorge vor dem möglichen Einzug der AfD in den Stadtrat, vor den Auswirkungen, die das auf die Stadtgesellschaft haben könne. Auch der Hauptredner des Tages, der KZ-Überlebende Ernst Grube, teilte diese Sorge. Es sei für ihn immer wieder „ein Erlebnis“, wenn er diese „große Kraft“ sehen dürfe, die sich „gegen die Rechtsentwicklung in



Diese Teilnehmerin plädierte für eine vorurteilsfreie und aufgeschlossene Gesellschaft.

FOTO: JOHANNES HARTL

RECHTSEXTREMISMUS IN SCHWANDORF

Vergangenheit: Günter Kohl, einer der Sprecher des Bündnisses und Lehrer an der Berufsschule, erinnerte in seiner Rede an den rassistischen Brandanschlag auf das Habermeier-Haus am 17. Dezember 1988. Aus Hass gegenüber Türken zündete ein Neonazi damals das Haus in der Schwandorfer Innenstadt an – vier Menschen starben. Hass und Hetze würden „den Boden“ für solche mörderischen Taten bereiten, warnte er.

Gegenwart: Franz Schindler erinnerte an die Neonazi-Gruppe „Prollcrew Schwandorf“, die aktuell als „Bollwerk Oberpfalz“ in Erscheinung tritt. Gerade in einer Stadt wie Schwandorf sei es eine besondere Schande, dass junge Nazis über die Stolpersteine laufen. In dem Zusammenhang kritisierte er, dass eine Person, die 2017 mit der Prollcrew ein Rechtsrock-Konzert in Thüringen besuchte, heute für den Stadtrat kandidiert.

der Bundesrepublik wehrt“, lobte er das Engagement der Demonstranten.

Am oberen Marktplatz erinnerte Grube an die Schrecken des Nationalsozialismus, denen er selbst und seine Familie ausgesetzt waren, aber auch an die fast schon alltägliche Dimension, die (tödliche) rechte Gewalt und Rechtsterrorismus in Deutschland angenommen habe. Die AfD bezeichnete er als „Sammelbecken und Kristallisationspunkt der Rassisten und extremen Rechten“. Völkisches Denken,

Rassismus, Antisemitismus und antidemokratisches Handeln gehörten zu deren Programm. Dagegen müsse man klare Kante zeigen, forderte er. Denn: „Rassismus und Menschenverachtung“ müsse immer „entschieden entgegengetreten werden – egal, wer sich so äußert“.

Den Kommunen komme dabei eine wichtige Rolle zu, wie Grube betonte. Es gelte, „in unserem nahen Umfeld“ aktiv zu handeln, wenn man die „kommunale Selbstverwaltung als de-

mokratische Einrichtung“ stärken wolle. Die Kommunen könnten „diejenigen einbeziehen, ermutigen und stärken, die es schwer haben, und vor allem die schützen, die bedroht“ seien, sagte er. „Wie das geht, wissen Sie alle“, sagte er unter dem Applaus der Teilnehmer.

„Brandmauer“ errichten

Uschi Maxim, Rednerin des Schwandorfer Bündnisses und Listenführerin der Linken, konnte das nur unterschreiben. „Widerstand leisten und sich aktiv entgegenstellen“ lautet ihr Rezept gegen „Hass und Hetze“. Die AfD entfessele den „Hass auf das vermeintlich Fremde“, sie sei es, die „zu Gewalt anstachel“. Es gelte, dagegen eine „Brandmauer“ zu errichten und bei der Wahl Haltung zu zeigen.

Der evangelische Pfarrer Arne Langbein wiederum forderte, „friedlich und freundlich“ mit Unterstützern der AfD ins Gespräch zu kommen, „um deren Überzeugungen rückgängig zu machen“. Das sei nötig, damit Schwandorf eine „offene Stadt bleibt, die Gleichheit immer wieder einübt sowie Recht und Gerechtigkeit hochhält“. Irmgard Gietl, Ikone des WAA-Widerstands, sah sich als fünffache Großmutter und fünffache Urgroßmutter ebenfalls in der Pflicht, „Farbe zu zeigen“. Es sei ihr ein Anliegen, ihre „Nachfahren vor Menschen zu schützen, die uns in eine schmutzige braune Zukunft führen wollen“, sagte sie. Bei den Wahlen solle man sein „Kreuz nur bei den Frauen und Männern machen, die ohne Hass und Hetze Politik machen“.

„Die Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaates müssen wir selbst in die Hände nehmen“, sagte auch SPD-Stadtrat Franz Schindler. Mit der AfD habe der Rechtsextremismus „einen politischen Arm in allen deutschen Parlamenten“. Man habe zur Demonstration aufgerufen, weil man „den rollenden Schneeball zertreten müsse“, zitierte Schindler Erich Kästner, „denn die Lawine hält keiner mehr auf“. Es sei „unsere Aufgabe, ihn jetzt zu zertreten“.